

WELTWEIT BEDROHTE ARTENVIELFALT

Alle Welt spricht von der Klimaerwärmung. Noch bedrohlicher ist aber das weltweite Artensterben, denn dieses ist kaum umkehrbar. Es würde Jahrtausenden dauern, bis wieder auf natürliche Weise neue Vielfalt entsteht. Weltweit sind derzeit eine Million Arten vom Aussterben bedroht. Der im Dezember 2022 beschlossene Globale Biodiversitätsrahmen soll diese Krise beenden. Wir ziehen eine kritische Bilanz.

Im Jahr 2011 einigten sich in Nagoya mehr als 190 Länder auf 20 Ziele für das Jahr 2020, um die Natur zu schützen und den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen. Kein einziges dieser 20 Ziele wurde erreicht!

Eine Million Pflanzen- und Tierarten von insgesamt 8,1 Millionen bekannten Arten sind heute vom Aussterben bedroht, viele davon kamen innerhalb weniger Jahrzehnte auf die roten Listen. Um den Hauptursachen für den dramatischen Verlust der Artenvielfalt entgegenzutreten, bedarf es globaler Anstrengungen. Gut 200 Staaten konnten sich Ende Dezember 2022 in Montréal, mit erheblicher Verspätung, auf ein entsprechendes Rahmenwerk (Global Biodiversity Framework, GBF) verständigen.

WAS BEINHALTET

DAS RAHMENABKOMMEN?

Mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresflächen sollen bis 2030 unter Schutz gestellt

werden. Der GBF besteht aus vier Hauptzielen und 23 Unterzielen, welche die wichtigsten Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt bekämpfen



Der Schweizer Brutvogelatlas 2013–2016 zeigt, dass viele einheimische Vogelarten mit etwas höheren Ansprüchen an ihren Lebensraum weiter zurückgedrängt werden. Von den rund 200 Brutvogelarten der Schweiz sind mehr als die Hälfte bedroht oder potenziell gefährdet und auf der Roten Liste Brutvögel aufgeführt, die nach den Kriterien der IUCN erstellt wird.

Der Steinkauz, eine kleine Eulenart wäre in den 50er Jahren in der Schweiz fast ausgestorben. Der höhlenbrütende Steinkauz bevorzugt eine vielstrukturierte Landschaft mit ausgedehnten Hochstammobstgärten. Für die Wiederansiedlung in der Nordwestschweiz vom Elsass her läuft seit 1999 ein Projekt, leider erfolglos. In anderen Gegenden, z.B. in der Ajoie, konnte sich der Bestand leicht erholen.

E D I T O R I A L

**LIEBE MITGLIEDER, GÖNNERINNEN
UND GÖNNER VON ECOPOP**

Die Biomonotonie nimmt zu! Ein Achtel aller Arten weltweit sind aktuell vom Aussterben bedroht. Ende 2022 haben sich 200 Staaten auf Ziele geeinigt, deren Erreichung dieses enorme Artensterben massiv bremsen soll. Die Massnahmen sind

hingegen noch nicht konkret definiert und der Elephant im Raum wird einmal mehr nicht genannt.

Was bedeutet das für die Schweiz? «Überall ist jemand», schreibt Pronatura auf der Titelseite ihres Magazins «2/2023 März». Und das ist wohl genau der Kern dieses Problems. Die Kultur verdrängt die Natur. Mehr Menschen bedeuten mehr Individualbedürfnisse, welche zu befriedigen mehr Raum beansprucht.

Welches Bevölkerungswachstum wollen wir? - ist die zentrale Frage! Wollen wir uns weiterhin frei bewegen können, oder leben wir künftig lieber verdichtet, was mutmasslich unsere Freiheiten einschränken wird? Werden wir uns künftig noch in unseren verbleibenden Naturreservaten aufhalten können, wenn diese geschützt sind. Und wozu schlussendlich, soll dieses Bevölkerungswachstum denn überhaupt noch gut sein?

Unsere Arbeit ist sehr interessant, aber auch sehr vielschichtig und Zeitintensiv. Wir sind auf der Suche nach Mitgliedern, die uns aktiv unterstützen. Sei das als Mitglied im Vorstand, als Aktivmitglied in einer Arbeitsgruppe oder als Rechnungsrevisor. Falls Sie Sich eine solche aktive Mitarbeit vorstellen können, dann melden Sie Sich bitte umgehend auf unserem Sekretariat.

*Freundliche Grüsse
Roland Schmutz, Präsident ECOPOP*

I M P R E S S U M

Präsident: Roland Schmutz, Epsach, BE
Redaktion: Andreas Thommen,
Adresse: ECOPOP Sekretariat, Postfach 14, 5078 Effingen
Telefon: 056 511 51 66, Mobile: 079 534 17 62
E-Mail: sekretariat@ecopop.ch,
Spenden: Postkonto 30-35461-7

Patronatskomitee: Prof. Jürg A. HAUSER, Weggis | Dr. med. Roland MATTER, Basel | Walter PALMERS, Sursee | Prof. Manfred REHBINDER, Zürich | Dr. Philippe ROCH, Russin | Prof. Peter SCHIESS, Basel | Prof. Dieter STEINER, Zürich | Prof. Axel MEYER, Konstanz | Prof. Paul EHRlich, Stanford, USA.

und die Grundsätze für Massnahmen festlegen sollen. Oberstes Ziel ist es, dass die Menschen bis 2050 «in Harmonie mit der Natur» leben. Das Ziel in Bezug auf das Artensterben ist ehrgeizig und klar:

Das vom Menschen verursachte Aussterben bedrohter Arten wird gestoppt, und bis 2050 soll die Aussterberate und das Risiko für alle Arten um das Zehnfache reduziert werden.

Das Rahmenwerk wurde im Allgemeinen mit vorsichtiger Zustimmung aufgenommen, wobei die ehrgeizigen Ziele, aber auch die mangelnde Klarheit über die Prozesse und vor allem die Ungewissheit, ob die Regierungen die erforderlichen Massnahmen ergreifen werden, bemängelt wurden.



Bodenbrütende Vogelarten, aber auch Feldhasen und Rekitze sind durch die intensive Graslandbewirtschaftung mit bis zu 4 Schnitten pro Jahr und «schlagkräftigen» Maschineneinsatz gefährdet. Der Bund unterstützt Programme für extensive Wiesen, Brachestreifen etc..

Bild: Dieter Hopf, lbv.

DAS 30X30 ZIEL FÜR SCHUTZGEBIETE

Das «30x30-Ziel» - 30 % der Erdoberfläche sollen bis 2030 in Schutzgebieten liegen - war eines der umstrittensten Themen während der Verhandlungen. Es wurden starke Bedenken geäussert, dass sich dies negativ auf lokale Gemeinschaften und indigene Völker auswirken könnte. Man befürchtete, dass die Bewohner solcher Schutzgebiete benachteiligt oder sogar aus ihren angestammten Gebieten vertrieben werden könnten.

Das 30 x 30-Ziel wurde jedoch von vielen als Kernstück des Abkommens angesehen, da der Wert von Schutzgebieten eindeutig belegt ist. Viele Forderungen der Indigenen wurden abgelehnt, aber das Übereinkommen wird von einer deutlichen Formulierung begleitet, welcher die Menschenrechte und die Rolle der indigenen Gemeinschaften - von denen viele in Gebieten mit grosser biologischer

Vielfalt leben - beim Schutz der Natur anerkennen.

Eine Einigung darüber, wo und wie die Gebiete geschützt werden sollen, steht jedoch noch aus. Die richtigen Entscheide in diesen Fragen sind jedoch massgebend, wenn das angestrebte Schutzziel erreicht werden soll. Das «30by30»-Ziel klingt gut, aber die Realität ist weit davon entfernt. So sind heute global beispielsweise erst zwischen acht Prozent der Gewässer und 17 Prozent des Festlandes geschützt. Eine Verdoppelung innerhalb von weniger als sieben Jahren stellt vermutlich eine zu grosse Herausforderung dar.



Die Vielfalt der Natur muss geschützt werden vor der Einfalt des Menschen.

*Ernst Reinhardt, (*1932), Dr. phil., Basler Publizist und Aphoristiker*

AUSWEITUNG DER SCHUTZGEBIETE VERSUS WACHSTUM DER BEVÖLKERUNG

Kritisch anzumerken ist, dass die Ausweitung der Schutzgebiete eine weitere zentrale Herausforderung aufwirft, die im Abkommen nicht angesprochen wird. Die Verringerung der für die menschliche Nutzung zur Verfügung stehenden Flächen übt zusätzlichen Druck auf diejenigen Gebiete aus, die weiterhin genutzt werden. Um die wachsende Nachfrage aufgrund des Bevölkerungswachstums und des steigenden Verbrauchs zu decken, muss diese Fläche umso intensiver ausgebeutet werden.

RÜCKSICHT AUF LOKALE BESONDERHEITEN

Schliesslich müssen die lokalen Besonderheiten berücksichtigt werden. Jedes Land ist so einzigartig wie seine Flora und Fauna. Deshalb braucht es international koordinierte Massnahmen, aber eine lokal massgeschneiderte Umsetzung. Die Schweiz beispielsweise ist zu fast 60 Prozent geprägt vom einzigartigen Naturraum der Alpen mit grossem Beitrag zur Biodiversität. Bereits 19 Prozent des Landwirtschaftslandes erhalten für die Förderung der Biodiversität Subventionen. Die Vernetzung lässt allerdings noch zu wünschen übrig. Weitere Flächen stehen nicht zur Verfügung, wenn auch die Ziele der Ernährungssicherheit erreicht werden sollen. Gleichzeitig konzentriert sich ein grosser Teil unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im Mittelland, das rund 30 Prozent der Fläche einnimmt und durch eine Bevölkerung beansprucht wird, die rund acht Mal schneller als im europäischen Schnitt wächst. Der steigende Ressourcen- und Bodenbedarf, aber auch stark ansteigende Freizeitaktivitäten setzen die Natur immer mehr unter Druck.



Strassen, Eisenbahnen und Siedlungsräume zerschneiden und verunstalten Landschaften und verunmöglichen so zunehmend eine Vernetzung von natürlichen Lebensräumen.

Siehe auch Artikel von Erika Häusermann!

DICHTSTRESS AUCH BEI DEN SCHUTZGEBIETEN

Wie und wo die Schweiz zusätzliche Flächen unter Naturschutz stellen kann, ist fraglich. Die beiden jüngsten Projekte für einen zweiten Nationalpark (Adula und Umgebung Locarno) sind beide am Widerstand der lokalen Bevölkerung gescheitert.



Immer mehr Boden wird überbaut. Zudem wird auch innerhalb der bestehenden Bauzonen immer mehr Land versiegelt. Als versiegelte Flächen gelten insbesondere Gebäude und Strassen. Durch die Versiegelung verliert der Boden seine natürliche ökologische Funktion als Lebensraum, Speicher und Filter sowie die Fähigkeit, Stoffe umzuwandeln und abzubauen. Innert 33 Jahren haben die versiegelten Flächen in der Schweiz um 40% zugenommen. Gemäss jüngsten Zahlen sind 5% der Landesfläche versiegelt. Bild S. Wunderlin, Baugerüste in Morgarten

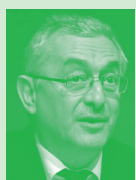
Über die Ausbreitung des Wolfes wird schon seit Jahren zwischen Naturschützern und Alptrirten gestritten.

Die jüngsten Ideen des Parlamentes, auch in Naturschutzflächen den Bau von Energieanlagen zuzulassen wird intensiv bekämpft. Die Umweltverbände warnen vor einem «Kahlschlag beim Naturschutz». Es ist derzeit fraglich, ob diese schweizerische Auslegung von Schutzgebieten den Anforderungen des GBF-Abkommens dereinst genügt?

«PERVERSE SUBVENTIONEN»

Eine weithin anerkannte Ursache für den Verlust der biologischen Vielfalt sind staatliche Fehlanreize, z. B. für die Landwirtschaft, im Energie- und Rohstoffsektor. Oft werden hier Praktiken subventioniert, welche der Natur schaden - so genannte «perverse Subventionen». Diese Subventionen werden weltweit auf mehr als 6 Billionen Dollar jährlich geschätzt. Die GBF will diese Subventionen bis 2030 um 500 Milliarden Dollar pro Jahr reduzieren, hat aber noch nicht festgelegt, wie das geschehen soll.

Ein weiterer kritischer Verhandlungspunkt war die Frage, wie die im Abkommen geforderten Massnahmen finanziert werden sollen. Da einige der artenreichsten und am stärksten bedrohten Ökosysteme in Ländern mit niedrigem Einkommen sind, konnte eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt werden, dass die wohlhabenden Länder mehr finanzielle Unterstützung für die Massnahmen bereitstellen. Bis 2030 wird ein Gesamtbudget von 200 Mrd. USD pro Jahr angestrebt. Die GBF ist jedoch nicht rechtsverbindlich, und es ist auch noch nicht geklärt, wie dies erreicht werden soll.



Der drastische Rückgang an Biodiversität ist wahrscheinlich noch ein grösseres Risiko

als das Klima – nur merken die meisten von uns das derzeit noch nicht unmittelbar»

Bruno Oberle, Biologe, früherer Chef des BAFU, heute Direktor der Internationalen Union zur Bewahrung der Natur (IUCN)

RESSOURCENHUNGER WIRD KAUM ERWÄHNT

Wenn sich die Regierungen effektiv zu den im GBF festgelegten Massnahmen und Zielen verpflichten - und das ist ein sehr grosses «Wenn» -, würden diese zweifellos erfolgreicher sein als der Prozess, der ihm vorausging. Es ist jedoch schwer vorstellbar, wie dieser oder jeder andere Rahmen für die biologische Vielfalt seine Ziele erreichen kann, wenn



Der Bund geht davon aus, dass in der Schweiz pro Jahr rund 35 Millionen Vögel getötet werden. 30 Millionen durch Hauskatzen, rund 5 Millionen kollidieren mit Glasfassaden und eine Million findet den Tod im Verkehr. Auch wenn dies viele Katzen-Liebhaber nicht gerne hören: Hauskatzen gehören zu den schlimmsten invasiven Arten weltweit. (Wenn man den Menschen einmal von dieser Liste ausnimmt.). In der Schweiz leben zurzeit ca. 1,7 Mio Katzen. Tendenz steigend. Zum Vergleich: Bei 42 Windkraftanlagen schätzt man, dass letztes Jahr ca. 870 Vögel Opfer von Windradschlägen wurden.

versäumt wird, sinnvolle Massnahmen in Bezug auf die beiden grössten Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt - Konsum und Bevölkerung - zu ergreifen.

REICHT EINE «ERMÄCHTIGUNG» DER KONSUMIERENDEN?

Der nicht nachhaltige Konsum wird zwar angesprochen, aber die Vorschläge des Rahmenabkommens sind schwach. In Ziel 16 werden die Regierungen aufgefordert sicherzustellen, «dass die Menschen» ermutigt und in die Lage versetzt werden, nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Dies soll erreicht werden durch die Schaffung politischer, gesetzlicher oder regulatorischer Rahmenbedingungen, die Verbesserung der Bildung und dem Zugang zu relevanten und genauen Informationen und Alternativen. Das Ziel wäre bis 2030 den globalen Fussabdruck des Konsums auf «gerechte» Weise zu verringern, u. a. durch die Halbierung der weltweiten Lebensmittelverschwendung, die deutliche Reduzierung des übermässigen Konsums in den reichen Staaten und die wesentliche Verringerung der Abfallerzeugung, damit alle Menschen gut und «in Harmonie mit der Natur leben» können.

Wie das Ziel 15, welches sich mit der Rolle der Unternehmen befasst, konzentriert man sich auf die «Ermutigung und Ermöglichung» von Veränderungen durch den Einzelnen, anstatt die Kräfte zu bekämpfen, die eine nicht nachhaltige Nachfrage antreiben. Auch die Ziele für die Verringerung des



Wir müssen alles dafür tun, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Gemeinsam arbeiten wir an der weiteren Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Umweltbericht des Bundesrates, 2022.

Verbrauchs sind nur vage definiert, und es fehlt an Mechanismen für deren Umsetzung.

ÜBERBEVÖLKERUNG KEIN THEMA

Die Rolle der Bevölkerungszahl beim Aussterben von Arten und beim Verlust der biologischen Vielfalt wird überhaupt nicht angesprochen. Und das, obwohl sie im IPBES Global Assessment - das die wissenschaftliche Grundlage für das GBF bildete - als eine der wichtigsten indirekten Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt genannt wird. Diese grosse Unterlassung untergräbt den Wert des Rahmenwerks und stellt auch eine verpasste Gelegenheit dar, nachhaltige Lösungen für die Krise der biologischen Vielfalt zu fördern, welche den Menschen einen mehrfachen Nutzen bringen würden.



Tourismus und Freizeitsport bedrängen die Natur auch immer mehr im einzigartigen Alpenraum. Die Schaffung neuer Nationalparks scheiterte bisher zweimal am Widerstand der lokalen Bevölkerung.

LOBBYING IST WEITERHIN NÖTIG

Während des Verhandlungsprozesses in Montréal wurde von amerikanischen und europäischen Bevölkerungsorganisationen Lobbyarbeit geleistet,

um die Bedeutung von Massnahmen zur Bekämpfung des Bevölkerungswachstums zu unterstreichen. Freiwillige Unterstützer schickten Tausende von E-Mails an ihre Regierungen. Leider reichte dies nicht aus, um den Einfluss der Bevölkerungsentwicklung im Haupttext zu erwähnen.

Mit dem Beginn der Verhandlungs- und Umsetzungsphase werden wir zusammen mit der European Alliance for a Sustainable Population (eurASP) nach weiteren Möglichkeiten suchen, die Regierungen zu beeinflussen.

WIE GEHT ES WEITER?

Wie beim Pariser Abkommen zum Klimawandel ist das Biodiversitätsabkommen von Montréal nur der Beginn eines Prozesses. Die Mechanismen, mit welchen die hochgesteckten Ziele erreicht werden sollen, müssen noch weitgehend definiert werden. Eine Einigung darüber wird von entscheidender Bedeutung sein.



Problematisch ist auch die Versiegelung des Bodens: Rund zwei Drittel der Siedlungsfläche sind in der Schweiz versiegelt; immer mehr werden freie Flächen zerstückelt. Auch fehlt der Schweiz eine ökologische Infrastruktur, welche die Kerngebiete für die Biodiversität sichert und miteinander vernetzt.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Umweltbericht des Bundesrates, 2022.

Es wird auch an den einzelnen Regierungen liegen, den GBF umzusetzen und so schnell wie möglich konkrete, nationale Strategien und Aktionspläne für die biologische Vielfalt festzulegen.

*Andreas Thommen
Geschäftsführer ECOPOP*



DIE SCHWEIZ UND IHRE BIODIVERSITÄT

Erika Häusermann

In der Schweiz steht die Biodiversität unter besonderem Druck. Die Ausdehnung von Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen, die Zunahme von Tourismus- und Freizeitaktivitäten in bisher ungestörten Regionen, die zunehmend intensive landwirtschaftliche Nutzung, die Zerschneidung natürlicher Lebensräume, die direkten und indirekten Auswirkungen des Klimawandels sowie die Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, aber auch der Ausbau erneuerbarer Energien, werden in der Schweiz den Druck auf die Biodiversität noch weiter erhöhen.

WAS UNTERNIMMT DER BUND?

Im April 2012 hat der Bundesrat das Bundesamt für Umwelt (BAFU) beauftragt, einen «Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz» auszuarbeiten, und drei Aktionsbereiche von Massnahmen definiert:

1. *Direkte Förderung der Biodiversität:* Ökologisch wertvolle Lebensräume werden gesichert, aufgewertet und besser vernetzt.
2. *Indirekte Förderung der Biodiversität:* Die Biodiversität soll ein stärkeres Entscheidungskriterium werden, beispielsweise bei der nachhaltigen Nutzung des Raumes oder bei der Vergabe von Subventionen.
3. *Wissensvermittlung und Sensibilisierung:* Wirtschaft und Gesellschaft sollen stärker für die biologische Vielfalt sensibilisiert und aufgefordert werden, in sämtlichen Entscheidungsprozessen die Biodiversität mit zu berücksichtigen.

Im Aktionsplan des Bundes «Strategie Biodiversität Schweiz» von 2017 sieht der Bund dringenden Handlungsbedarf:

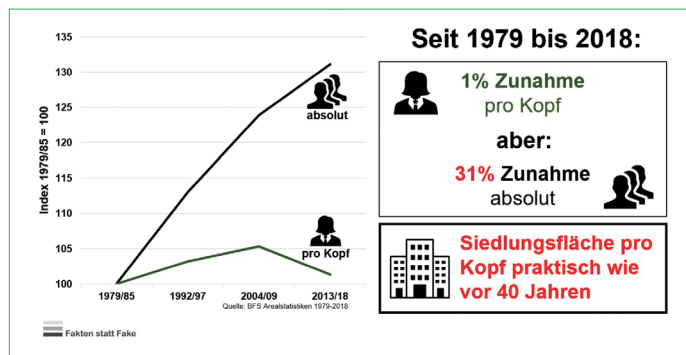
- Das langfristige Überleben vieler Arten ist nicht gesichert.
- Der Anteil intakter, naturnaher Flächen ist im Schweizer Mittelland und in den Tallagen der Berggebiete auf einem bedenklich tiefen Niveau angelangt.
- Ohne massive zusätzliche Anstrengungen werden die Verluste landesweit weiter fortschreiten

ZUNAHME DER SIEDLUNGSFLÄCHEN

Seit 1950 ist die Bevölkerung von 4,7 Mio auf heute 8,9 Mio Menschen gewachsen. Siedlungen und Verkehrs- und Infrastrukturanlagen dehnen sich immer weiter aus. Von 1979 bis 2018 nahm die gesamte Siedlungsfläche um 31% zu, pro Kopf hingegen nur um 1%.

Daraus folgt, dass Ausdehnung von Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen, infolge der Bevölkerungszunahme, wesentlich zum Biodiversitätsverlust beiträgt.

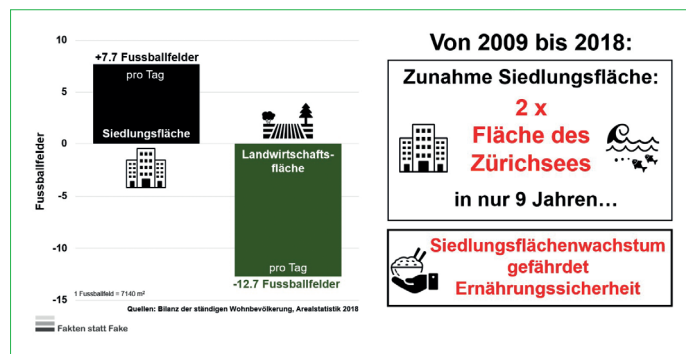
SIEDLUNGSFLÄCHEN



VERLUST VON LANDWIRTSCHAFTSFLÄCHEN

In den letzten 20 Jahren hat die Schweiz durch die Zunahme der Bevölkerung um 1,5 Millionen Menschen Landwirtschaftsflächen in der Grösse von mehr als 2-mal der Fläche des Zürichsees verloren. Damit sich die Bevölkerung zu wenigstens 50 % aus einheimischer Landwirtschaft ernähren kann, ist mit einer intensiven Landwirtschaft mit viel Dünger und Pflanzenschutzmitteln ein weiterer Haupttreiber des Biodiversitätsverlustes entstanden.

GRÜNFLÄCHENVERBAUUNG



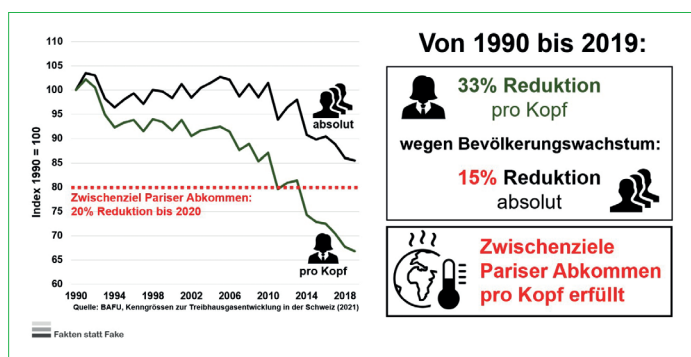
PARISER KLIMA-ZWISCHENZIELE

Mit einer Ausdehnung der Siedlungsfläche geht nicht nur fruchtbarer Boden verloren, sondern auch die Fähigkeit des Bodens als CO₂-Speicher. «Inzwischen sind 60 Prozent der Flächen im Siedlungsraum versiegelt» schreibt das BAFU 2017 in seinem

Bericht «Biodiversität in der Schweiz».

Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens das Ziel gesetzt, bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent zu senken. **Das Pariser Zwischenziel von 2020 mit einer Reduktion von 20% haben wir bereits 2014 pro Kopf erreicht, als Land hingegen nicht.**

PARISER KLIMAZIELE



POSITION DER SCHWEIZ

Die Schweiz hat bereits diverse internationale Abkommen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen ratifiziert, im Dezember 2022 das neue Rahmenabkommen von Montréal zum Schutz der Biodiversität. Zentrales Element ist die Unterschutzstellung von 30 Prozent der Land- und Meeresflächen bis 2030.

Der Bund sagt: «Die Schweizer Delegation wird sich für ambitionierte und messbare Ziele einsetzen. Die Biodiversität kann jedoch nicht allein mit Naturschutzmassnahmen erhalten werden. Aus diesem Grund wird sich die Schweiz dafür einsetzen, dass bei Entscheidungen in allen Politik- und Wirtschaftsbereichen die Auswirkungen auf die Biodiversität transparent dargelegt und berücksichtigt werden.»

FAZIT:

Der Bund beschreibt zwar den Verlust des Lebensraumes, die Zunahme der Siedlungsflächen, die Versiegelung des Bodens, den Rückgang der Artenvielfalt und dass 36 Prozent der untersuchten Pflanzen-, Tier- und Pilzarten als «bedroht» gelten. Der Verlust der biologischen Vielfalt bringt grosse Einbussen für unseren Wohlstand und unser Wohlergehen mit sich. Obwohl der Bund «Berücksichtigung der Biodiversität in sämtlichen Entscheidungsprozessen» fordert, benennen weder der Bundesrat noch das BAFU oder die politischen Parteien das seit Jahrzehnten starke Bevölkerungswachstum als Haupttreiber unseres Biodiversitätsverlustes.



Und die gleiche Bundesrätin 2014 in ihrer Rede zur ECOPOP-Initiative:

Die Ecopop-Initiative ist aber auch ökologisch unlogisch. Umweltprobleme löst man nicht durch eine Begrenzung der Zuwanderung. Gut 80 Prozent der Menschen, die in die Schweiz einwandern, stammen aus Europa. Was nützt es dem Klima, wenn diese Menschen in ihren Herkunftsländern Auto fahren, heizen oder Abfall produzieren, anstatt bei uns?.....Das Bevölkerungswachstum ist also nicht das Problem.

Bern, Medienkonferenz vom 14. Oktober 2014

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Umweltbericht des Bundesrates, 2022.

ECOPOP FORDERT ZUM SCHUTZ UNSERER BIODIVERSITÄT EIN NACHHALTIGES BEVÖLKERUNGSWACHSTUM.

Quellen

BAFU (Hrsg.) 2017: Biodiversität in der Schweiz: Zustand und Entwicklung. Ergebnisse des Überwachungssystems im Bereich Biodiversität, Stand 2016. Bundesamt für Umwelt <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/biodiversitaet/mitteilungen.msg-id-91982.html>

*Erika Häusermann
Grünliberale Partei SG
Vizepräsidentin ECOPOP*



BERICHT VON DER MITGLIEDER- VERSAMMLUNG

Andreas Thommen

Am 18. März trafen sich 27 Mitglieder von ECOPOP und ECOAID zur jährlichen Mitgliederversammlung. Der Vorstand konnte über diverse Aktivitäten und Medienfolge im vergangenen Jahr berichten. Viele Mitglieder machen sich Gedanken, wie man unsere Ideen noch effizienter verbreiten könnte. Dies führte zu lebhaften Diskussionen.

Am Samstag, 18. März begrüsst der Präsident Roland Schmutz eine kleine, aber interessierte Gruppe im Zentrum Karl der Grosse in Zürich. In seiner Eröffnungsrede ging er auf die zahlreichen Medienberichte über ECOPOP ein, welche in diesem Frühjahr erschienen sind. Diese waren zwar nicht immer sehr schmeichelhaft für uns. Wichtig ist aber, dass unser Thema – Bevölkerungswachstum und deren Einfluss auf den Ressourcenkonsum und Bodenverbrauch – in der Schweiz wieder breit diskutiert wird.

GROSSE ERFOLGE MIT INFOGRAFIKEN

Zurückzuführen sind diese Erfolge auf die Infografiken der Arbeitsgruppe «Fakten statt Fake» in welcher Vizepräsidentin Erika Häusermann mitarbeitet. Sie erläuterte später im Detail, wie sich die wissenschaftliche Gruppe «Fakten statt Fake» gefunden hatte und wie diese statistische Daten so aufbereitet, dass sie in den Medien schnelle Verbreitung fanden. Dass die Schweizer Bevölkerung in den letzten Jahren auch in absoluten Zahlen stärker gewachsen ist, als der grosse Nachbar Deutschland, erstaunte auch manch gestandenes ECOPOP Mitglied!

BESUCH BEI ECOAID IN TOGO

Danach berichtete Vorstandsmitglied Benno Büeler von seinem Besuch bei unserem Hilfsprojekt ECOAID in Togo, Westafrika. Das Familienplanungsprojekt, welches den Fokus vor allem auf Aufklärungsunterricht an Schulen und durch Radiosendungen legt, findet im bitterarmen Togo gute Resonanz. Auch religiöse Würdenträger und Behördenmitglieder aus den beteiligten Dörfern begrüssen die Bemühungen von ECOAID. Teenagerschwangerschaften sind eine grosse Belastung für die Gesellschaft und vor allem für die jungen Mütter. Oft führen sie zu Schulabbruch und erschweren so einen Ausweg aus der Armut. Büeler traf sich mit den Verantwortlichen der Organisation ADIFF (Association pour Développement Intégral de la Femme et de la jeune Fille), welche die von ECOAID finanzierten Massnahmen vor Ort umsetzen. Der Vorstand von ADIFF, welcher vor allem aus Hebammen besteht, ist sehr motiviert. Es wurde vereinbart, dass wir das

Projekt auf weitere Nachbardörfer ausweiten. Auch werden mögliche Zusammenarbeiten mit anderen europäischen Hilfsorganisationen, welche vor Ort sind, angestrebt.

VIELFÄLTIGE AKTIVITÄTEN IM 2022

Danach erläuterte Vorstandsmitglied und Geschäftsführer Andreas Thommen den weiteren Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Im Jahr 2022 wurden drei Mitgliederbulletins und diverse Medienmitteilungen verschickt. Zudem konnte ECOPOP zwei eigene Artikel im Newsportal Infosperber platzieren.

Grosses Medieninteresse löste die von der UNO auf Mitte November angekündigte Geburt des 8. Milliardsten Menschen aus. Die Schweiz wurde bewegt durch den Flüchtlingsstrom aus der Ukraine und - davon unabhängig - durch die erneut hohe Nettozuwanderung und die Befürchtung, dass wir schon 2023 die 9 Millionen Einwohnergrenze knacken könnten.

MITGLIEDERANLÄSSE UND -WERBUNG

ECOPOP veranstaltete im Frühjahr 2022 eine Lesung mit der Feministin Verena Brunschweiler. Ebenso erstmals in Lausanne einen Vortrag in Französisch von Dr. Martin Rott, Vorstandsmitglied unserer französischen Partnerorganisation Démographie Responsable, welcher aber leider zu wenig Resonanz fand.

Im Jahr 2022 wurde auch die Homepage von ECOPOP neu aufgesetzt. Ebenso wurde die Mitgliederverwaltung und die Buchhaltung auf die Vereinssoftware «Clubdesk» transferiert.

ECOPOP möchte seine Mitgliedschaft verjüngen, daher haben wir im Jahr 2022 probeweise Werbung auf Tel-Search und Google Ads geschaltet. Zudem wurden unsere Social Media Kanäle auf Youtube und Facebook wieder reaktiviert.

RÜCKTRITT VON MARKUS URSPRUNG

Auf Ende 2022 trat Markus Ursprung, unser Kassier, von seinem Amt zurück. Markus Ursprung wurde im Jahr der Initiativabstimmung, 2014, in den Vorstand gewählt und hat bis dato die Rechnung, insbesondere die Verarbeitung der Einzahlungen mit Referenznummern und die Homepage von ECOPOP betreut. Der Vorstand dankte Markus Ursprung für seinen Einsatz für unsere Sache. Leider konnte der Vorstand noch keine(n) Nachfolger(in) zur Wahl präsentieren. Ein Kandidat musste kurzfristig aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten.

Ebenso verabschiedete ECOPOP den langjährigen Revisor Thomas Zollinger mit grossem Dank. Auch hier steht noch kein Ersatz zur Verfügung. Wir suchen also weiterhin motivierte Leute für den Vorstand und einen zweiten Revisor.

RECHNUNG MIT VERLUST

Anschliessend verlas Revisor Markus Häusermann den Revisorenbericht. Die Rechnung 2022 von ECOPOP schliesst wegen erhöhtem Personalaufwand und weniger Spendeneinnahmen mit einem Verlust von Fr. 30'063.- ab. Unser Hilfswerk ECOAID machte einen Verlust von Fr. 399.-. Beide Rechnungen wurden von der Versammlung verabschiedet und der Vorstand entlastet. Ebenso genehmigte die Versammlung die Budgets für das Jahr 2023, welche wiederum mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 24'520 für ECOPOP und von Fr. 3'900.- für ECOAID rechnen. In beiden Fällen sind noch genügend Reserven vorhanden. Trotzdem mahnte die Versammlung an, dass auf der Einnahmenseite dringende Verbesserungen erreicht werden müssen. Ein aus der Versammlung vorgebrachter Antrag, den Jahres-Mitgliederbeitrag für Einzelmitglieder von Fr. 40.- auf Fr. 60.- zu erhöhen, wurde mit grosser Mehrheit angenommen.

DACHORGANISATION ERFOLGREICH GESTARTET

Erfolgreich startete auch die von ECOPOP mitbegründete europäische Dachorganisation eurASP in ihr erstes Jahr. Anlässlich der Geburt des acht Milliarden Menschen veranstaltete die «European Alliance for a Sustainable Population (eurASP)» im No-

vember 2022 eine Medienkonferenz in Brüssel mit wissenschaftlichen Vorträgen. Kombiniert wurde dieser Anlass mit der ersten Generalversammlung der noch jungen Dachorganisation. Für uns ist es sehr wichtig zu spüren, dass wir mit unseren Problemen in der Schweiz nicht allein sind. Der Austausch von Erfahrungen und wissenschaftlichen Publikationen zum Thema «nachhaltige Bevölkerungsentwicklung» ist sehr fruchtbar. ECOPOP wird auch künftig die Kasse von eurASP führen und ist mit Andreas Thommen im eurASP-Vorstand vertreten.

NEUER «CLAIM»

Aus der Versammlung kam ein Antrag, unser Motto (Neudeutsch = claim) welchen wir auf dem Briefpapier oder auch in den Präsentationen verwenden «**Wir setzen uns dafür ein, dass die Erde weniger Menschen ertragen muss**» positiver zu formulieren. Die zündende Idee kam aber an der GV noch nicht. Vorschläge von Mitgliedern sind herzlich willkommen!

Um 16.20 Uhr schloss Präsident Roland Schmutz die Versammlung.

Die nächste GV findet statt am 16. März 2024, voraussichtlich in Zürich oder Aarau.

Andreas Thommen
Geschäftsführer ECOPOP



Denken Sie an ein Legat für ECOPOP oder ECOAID?

NEUES ERBRECHT: WAS HAT SICH GEÄNDERT?

Andreas Thommen

Im Januar 2023 trat das neu revidierte Erbrecht in Kraft. Die verstorbene Person (Erblasser) wird in Zukunft mehr Handlungsspielraum beim Vererben haben. Unverändert bleiben die Formvorschriften für ein Testament. Ein handgeschriebenes Testament reicht, es braucht dazu keinen Notar. Das handgeschriebene Testament muss aber das Datum und die Unterschrift enthalten.

Während die Pflichtteile für die Eltern eines Erblassers ganz wegfallen, betragen die Pflichtteile der Nachkommen nur noch $\frac{1}{2}$ statt zuvor $\frac{3}{4}$ des gesetzlichen Erbspruchs. Die Pflichtteile der Ehegatten bleiben hingegen unverändert. Dazu ein kleines

Beispiel zur Veranschaulichung:

Der Ehegatte stirbt, hinterlässt seine Ehegattin, einen Sohn und eine Tochter sowie ein Vermögen von 100'000 Franken. Nach bisherigem Recht beträgt der Pflichtteil der Ehegattin 25'000 Franken ($\frac{1}{2}$ ihres gesetzlichen Anspruchs) und der Pflichtteil des Sohnes und der Tochter jeweils 18'750 Franken ($\frac{3}{4}$ des gesetzlichen Anspruchs). Der Erblasser konnte in diesem Fall also immer nur über 37'500 Franken frei entscheiden.

Mit dem per 2023 revidierten Gesetz wird die frei verfügbare Quote höher. Während der Pflichtteil der Ehegattin unverändert bleibt, beträgt der Pflichtteil der Tochter und des Sohnes nach neuem

Recht im oben genannten Beispiel jeweils nur noch 12500 Franken. Der Erblasser kann vorliegend also insgesamt über CHF 50000 frei verfügen.

Mit dieser Gesetzesänderung ist es also möglich, dass der Erblasser in Zukunft höhere Beiträge beispielsweise an gemeinnützige Institutionen vererbt. Das Erbrecht galt lange als Rechtsgebiet mit sehr starren Vorschriften. Die erhöhte Lebenserwartung führt dazu, dass auch die Erben immer älter werden und das Erbrecht den ursprünglichen sozialen Grundgedanken – den Kindern etwas hinterlassen, um ihnen einen guten Einstieg ins Erwachsenenleben zu ermöglichen – in vielen Fällen verloren hat. Unter anderem deshalb werden mit der neuen Gesetzesrevision die starren Regeln etwas aufgebrochen und dem Erblasser mehr Möglichkeiten zugesprochen.

TESTAMENTE KÖNNEN JEDERZEIT GEÄNDERT WERDEN

In diesem Kontext kommt häufig die Frage auf, ob bereits verfasste Testamente ihre Gültigkeit verlieren. Grundsätzlich behalten alle Testamente auch mit der Gesetzesrevision ihre Gültigkeit. Allerdings ist es im Einzelfall möglich, dass Formulierungen im Testament im Zusammenhang mit der Gesetzesänderung widersprüchlich sind und deshalb der Wille des Erblassers durch Auslegung ermittelt werden muss.

FOLGENDE DINGE MÜSSEN BEIM ABFASSEN EINES TESTAMENTES BEACHTET WERDEN:

- Generell müssen die Formvorschriften für ein Testament eingehalten werden. **Ein handgeschriebenes Testament muss das Datum und die Unterschrift beinhalten.** Grundsätzlich

gilt immer, dass Testamente neueren Datums alle Bisherigen ersetzen. Um Klarheit zu schaffen, erwähnen Sie am besten, dass diese neu aufgesetzte Testament ihre bisherigen Testamente vom (Datum) ersetzen. Das eigenhändige Testament ist die einfachste Form. Es muss von A bis Z von Hand geschrieben, datiert und unterschrieben sein. Ein Testament, das auf dem Computer geschrieben und bloss von Hand unterzeichnet ist, ist ungültig. Ungültig sind auch Testamente, die Ehepaare gemeinsam aufgesetzt und unterschrieben haben. Jeder Ehepartner muss je ein eigenes Testament erstellen.

- Wenn im Testament Pflichtteile erwähnt werden, dann sollten diese Punkte mit dem neuen Gesetz abgestimmt werden.
- Ohne Testament wird Ihr Nachlass laut Gesetz verteilt. Sind keine gesetzlichen Erben vorhanden, fällt Ihre gesamte Hinterlassenschaft an den Staat.
- Wer ein Testament einer verstorbenen Person auffindet, ist gesetzlich verpflichtet, es der Amtsstelle zu übergeben. Das nützt jedoch wenig, wenn sich der Finder nicht daran hält, z.B. weil das Testament zu seinen Ungunsten ausgefallen ist. Sein Testament sollte man deshalb nicht zu Hause aufbewahren, sondern bei der zuständigen Amtsstelle des Kantons hinterlegen. Je nach Kanton ist das die Gemeindeverwaltung, das Erbschaftsamt, das Bezirksgericht oder das Amtsnotariat.

Kümmern Sie sich frühzeitig um diese emotionale Angelegenheit, auch wenn niemand gerne an seinen eigenen Tod denkt.

BESORGNISERREGENDER BEVÖLKERUNGSKORD: INDIEN ÜBERHOLT CHINA

Andreas Thommen

Indien wird China dieses Jahr als bevölkerungsreichstes Land der Welt ablösen. Wie aus dem neusten Weltbevölkerungsbericht des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA hervorgeht werden Mitte des Jahres in Indien knapp drei Millionen mehr Menschen leben als im Reich der Mitte. Demnach hat Indien dann 1,4286 Milliarden Einwohner.

CHINAS LANGER BREMSWEG

Nachdem China sechs Jahrzehnte lang das bevölkerungsreichste Land der Welt war, ist Chinas Bevölkerung erstmal geschrumpft. Ende 2022 hatte China 1,411 Milliarden Einwohner und damit rund

850'000 weniger als ein Jahr zuvor, teilte das Statistikamt in Peking mit. Die Anzahl Neugeborene/1000 Einwohner war vor zwei Jahren erstmals in den einstelligen Bereich gefallen. Sie liegt heute bei 8 Neugeborenen auf 1000 Einwohner. Die Geburtenrate Chinas liegt bei 1,2 Kindern/Frau. Das ist so niedrig wie noch nie. Die Zahlen Chinas zeigen, wie lange es dauern kann, bis auch sehr einschneidende Massnahmen wie die rigorose chinesische Ein-Kind-Politik, Wirkung zeigen.

INDIEN WÄCHST WEITER

Demgegenüber wächst Indiens Bevölkerung noch immer in dramatischem Tempo. Die Anzahl Geburten pro 1000 Einwohner liegt bei 20.

Von den Wachstums-Verharmlosern, wie z.B. dem grünen Nationalrat Glättli, welcher in seiner Rede zur ECOPOP-Initiative 2014 behauptete «die Bevölkerungsexplosion ist abgesagt», weil ja die Geburtenraten stark am Sinken seien, muss klar vor Augen geführt werden: obwohl die Geburtenrate pro Frau in Indien bei «nur noch» 2,1 liegt - also gerade etwa auf dem Wert, welchen es bräuchte, um die Bevölkerungszahl langfristig stabil zu halten- wächst die Bevölkerung Indiens noch sehr lange weiter.

Auf welchen Höchststand die indische Bevölkerung dereinst kommt, kann niemand genau voraussagen. Dies hängt davon ab, in welchem Alter und wie viele Kinder die heutige Jugend Indiens künftig haben wird. Einem neuen UNFPA-Bericht zufolge sind 25 Prozent der indischen Bevölkerung in der Altersgruppe von 0 bis 14 Jahren, das heisst über 357 Millionen Inder sind unter 15 Jahre alt!

Nur gerade mal 7 % der Bevölkerung sind über 65 Jahre alt. Heute liegt die Lebenserwartung (weiblich) bei 71 Jahren. In China bei 81 Jahren. Wenn die Lebenserwartung in Indien nur geringfügig ansteigt, bedeutet dies - nebst den Geburten - nochmals einen massiven Zuwachs der Bevölkerung. Die Bevölkerung Indiens wächst aktuell um 1,4 % pro Jahr. Für das Jahr 2035 erwartet die UNO bereits 1,56 Mia Menschen, für das Jahr 2050 rechnet man mit 1,67 Mia Menschen.

WELTWEITES LANDGRABBING DER CHINESEN UND INDER

Die Bevölkerungsdichte Chinas beträgt rund 148,5 Einwohner pro km². In Indien ist die Bevölkerungsdichte dreimal höher und liegt bei rund 476,7 Menschen/km².

Wichtiger ist aber die Anbaufläche pro Person. In China teilen sich 1'208 Personen einen Quadratkilometer Ackerfläche.



Bagbazar, Calcutta, West Bengal, India. Bild: Sumshita Nag



Jodhpur, Rajasthan, India. Bild: Gayati Malhotra

In Indien kommen auf einen Quadratkilometer Ackerfläche 918 Personen. Dies ist zwar deutlich weniger als in China, aber trotzdem besorgniserregend. Dies erklärt das weltweite «Landgrabbing» der Chinesen und Inder! Das noch dringlichere Problem Indiens ist aber der chronische Wassermangel. Einem Regierungsbericht zufolge haben rund 600 Millionen Menschen keinen oder erschwerten Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Zum Vergleich: im Jahr 1961 teilten sich weltweit durchschnittlich 270 Menschen einen Quadratkilometer Ackerfläche. Rund 60 Jahre später, im Jahr 2020, sind dies bereits 555 Personen/km², aber deutlich weniger als in Indien oder China!

MANGELHAFT FAMILIENPLANUNG

Trotz ernsthafter Bemühungen und Fortschritte hat Indien seine Ziele in der Familienplanung nicht erreicht. Gemäss Poonam Muttreja, der Geschäftsführerin der Population Foundation of India müssen die Familienplanungsprogramme in Indien verstärkt werden, wobei der Schwerpunkt auf Planung, Überwachung, Ausbildung und Beschaffung liegen sollte. Zudem ist ein stärkerer Einbezug der Männern nötig und es muss auch auf die sexuellen und reproduktiven Bedürfnisse der Jugend eingegangen werden. Laut Muttreja muss die indische Regierung unbedingt dafür sorgen, dass die Familienplanung in der nationalen Entwicklungsagenda Vorrang erhält.

DEMOGRAFISCHE DIVIDENDE

Die sogenannte «Demografische Dividende» einzufahren, wird für Indien eine grosse Herausforderung werden. «Demografische Dividende» nennt man den Effekt, wenn geburtenstarke Jahrgänge mit einem guten Beschäftigungsgrad ein grosses Vermögen aufbauen können, welche sie dann später, bei sinkender Geburtenrate, an relativ wenige Kinder weitervererben. So geschehen in der Schweiz der Nachkriegsjahre oder eben in China während der letzten drei Jahrzehnte.



Shanghai, China. Bild: A Road Trip with Raj

«Die jungen Menschen haben ein grosses Potenzial, einen Beitrag zur Wirtschaft zu leisten», sagt Poonam Muttreja, die Geschäftsführerin der Population Foundation of India. «Aber damit sie das tun können, muss das Land nicht nur in Bildung, sondern auch in Gesundheit, Ernährung und berufliche Qualifizierung investieren.»

Bis 2030 müsste Indien 90 Millionen neue Arbeitsplätze ausserhalb der Landwirtschaft schaffen, um die aktuellen Beschäftigungsquoten stabil zu halten. Keine leichte Aufgabe für die bürokratische und oft festgefahrene Wirtschaftspolitik des Subkontinents. Selbst in den Jahren unmittelbar vor der Pandemie blieb Indien weit hinter diesem Tempo zurück.

China fand seinen Weg zu einem transformativen Wachstum durch eine exportorientierte Produktion, wie es kleinere ostasiatische Länder vor ihm taten. «Indien ist noch nicht in der Lage, diese Formel zu wiederholen oder einen eigenen Weg zu finden, der mehr als nur schrittweise Gewinne bringt», so Poonam Muttreja.

Im Gegensatz zu China ist Indiens Bevölkerung nach wie vor weitgehend ländlich geprägt. Auch wenn in beiden Ländern Arbeitnehmer auf der Suche nach besseren Perspektiven in die Megastädte abwandern, wird die Mehrheit der indischen Bevölkerung im Hinterland bleiben, während der Grossteil Chinas nach Schätzungen der Behörde «UN-Habitat» bis 2035 zunehmend städtisch sein wird.

Nebst den fehlenden Arbeitsplätzen, steht Indiens demografischer Dividende aber noch eine weitere Tatsache im Weg: die schwache Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben. Nur ein Fünftel der Frauen Indiens übt eine reguläre, bezahlte Arbeit aus. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen ist damit nur geringfügig höher als in Afghanistan. Die veralteten indischen Rollenbilder und das traditionelle Familienverständnis behindern eine schnelle Entwicklung. Die Bildung von Frauen und der Zugang zu selbstbe-

stimmter Familienplanung könnten das Wirtschaftswachstum jedoch enorm befeuern. In China liegt der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung bei 44,8 %. Das zeigt die Herausforderungen, denen sich Indien bei der Linderung der Armut und der Verringerung der Ungleichheit gegenübersehen.

WELTBEVÖLKERUNG WÄCHST DRAMATISCH WEITER

Die gesamte Weltbevölkerung beläuft sich Mitte Jahr auf 8,045 Milliarden Menschen. Die Hälfte des prognostizierten Wachstums der Weltbevölkerung bis ins Jahr 2050 wird laut UNFPA auf nur acht Länder entfallen: Republik Kongo, Ägypten, Äthiopien, Indien, Nigeria, Pakistan, die Philippinen und Tansania. «Die Rangfolge der bevölkerungsreichsten Länder der Welt wird sich dadurch drastisch ändern», heisst es in einem Papier des UN-Fonds. Europa ist zudem weltweit die einzige Region, die zwischen 2022 und 2050 einen Bevölkerungsrückgang erwartet.

MEHR SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG FÜR FRAUEN GEFORDERT

Die UNFPA forderte in diesem Zusammenhang erneut ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung für alle Frauen weltweit. «Gesellschaften gedeihen, wenn Menschen Chancen nutzen können, wenn sie gesund, gebildet und in der Lage sind, ihre Rechte auszuüben». Konkret einen universellen Zugang zu sexueller Bildung für Menschen in allen Teilen der Welt, speziell für Frauen und Mädchen, ein Recht auf Verhütungsmittel, Kinderwunschbehandlung sowie Schwangerschaftsabbruch samt entsprechender Beratung». Die Organisation verweist auf Daten aus 68 Ländern zur sexuellen Selbstbestimmung von Frauen. Demnach können 24 Prozent der Frauen und Mädchen in Partnerschaften nicht selber entscheiden, ob sie Sex haben wollen. Elf Prozent der Frauen in Partnerschaften dürften zudem nicht über die Verwendung von Verhütungsmitteln entscheiden. Schätzungen zufolge haben 257 Millionen Frauen weltweit einen ungedeckten Bedarf an sicherer, moderner Verhütung.

Willibald Zeck, Bereichsleiter für sexuelle und reproduktive Gesundheit bei UNFPA, plädiert darum für die Stärkung der Rechte der Frauen: «Es braucht eine Politik weg von patriarchaler Ideologie hin zur Sexualaufklärung an Schulen, Zugang zu Verhütungsmitteln unabhängig von der Geldbörse sowie flächendeckenden Zugang zur Abtreibung.»

Quellen:

- SWP Report 2023 | United Nations Population Fund (unfpa.org): <https://www.unfpa.org/swp2023>
- Family planning in India: The way forward. Poonam Muttreja and Sanghamitra Singh, 2018.

Bevölkerungsdaten:

- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Länderdatenbank.